



## Presseerklärung des Sicherheitsrats zu Libyen

NEW YORK, 20. Dezember 2022 – Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekundeten ihre tiefe Besorgnis über den anhaltenden politischen Stillstand in Libyen und ihre Enttäuschung über die mangelnden Fortschritte, die die Herbeiführung von Stabilität und Einheit in dem Land nach wie vor gefährden, obwohl vor fast einem Jahr für den 24. Dezember 2021 Wahlen geplant waren und vor mehr als zwei Jahren der Fahrplan des Forums für den Libyschen politischen Dialog verabschiedet wurde.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekundeten ihre nachdrückliche Unterstützung für den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Libyen und den Leiter der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Libyen (UNSMIL), Abdoulaye Bathily, und seine Bemühungen, dem politischen Prozess in Libyen neuen Schwung zu verleihen und für mehr Stabilität in dem Land zu sorgen. Sie begrüßten die umfassenden Konsultationen des Sonderbeauftragten mit den libyschen Interessenträgern und der internationalen Gemeinschaft. Sie forderten alle libyschen Parteien und maßgeblichen Interessenträger erneut auf, im Geiste des Kompromisses und des Konsenses einen konstruktiven, umfassenden, transparenten und inklusiven Dialog mit dem Sonderbeauftragten und miteinander zu führen. Sie forderten alle Akteure auf, die vor Ort herrschende Ruhe zu bewahren und sich unter der Ägide der Vereinten Nationen rasch auf die weiteren Schritte zu einigen, die politische Regelung zum Abschluss zu bringen, einschließlich der verfassungsrechtlichen Grundlage, um möglichst bald in ganz Libyen freie, faire, transparente und inklusive nationale Präsidentschafts- und Parlamentswahlen abzuhalten, und legten allen Akteuren nahe, ihre diesbezüglichen Anstrengungen abzuschließen.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekräftigten ihre nachdrückliche Unterstützung dafür, dass das libysche Volk durch Wahlen seine Regierung bestimmen kann und dass dieser legitimen Forderung im Rahmen des politischen Prozesses Rechnung getragen wird. Sie erinnerten daran, dass alle libyschen Interessenträger nachdrücklich zugesichert hatten, die Unabhängigkeit und Integrität des Wahlprozesses sowie die Wahlergebnisse zu unterstützen und zu achten, und forderten sie auf, sich an diese Zusicherungen zu halten und damit ihrer politischen Verantwortung gegenüber dem libyschen Volk gerecht zu werden. Die Mitglieder des Sicherheitsrats verpflichteten sich auf die Unterstützung eines alle Seiten einschließenden innerlibyschen Dialogs diesbezüglich, der unter anderem auf die Bildung einer vereinten libyschen Regierung abzielt, die in der Lage ist, die öffentlichen Belange im ganzen Land wahrzunehmen und das gesamte libysche Volk zu vertreten.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats betonten, wie wichtig ein alle Seiten einschließender, umfassender nationaler Dialog und Aussöhnungsprozess auf der Grundlage der Grundsätze der Übergangsgerechtigkeit ist, und ermutigten den Präsidentschaftsrat, mit Unterstützung der UNSMIL und der Afrikanischen Union die diesbezüglichen Bemühungen fortzusetzen. Sie forderten die uneingeschränkte, gleichberechtigte, wirksame und konstruktive Teilhabe der Frauen auf allen Ebenen, auch in Führungspositionen, und an allen Aktivitäten und Entscheidungsprozessen im Zusammenhang mit dem politischen Übergang, der Konfliktlösung und der Friedenskonsolidierung sowie die Einbeziehung junger Menschen und die Vertretung der Zivilgesellschaft. Sie unterstrichen außerdem, wie wichtig es ist, für ein sicheres Umfeld zu sorgen, in dem zivilgesellschaftliche Organisationen frei arbeiten können, und sie vor Bedrohungen und Repressalien zu schützen.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats stellten fest, dass die Fortschritte im politischen Prozess auch mit konstruktiven Bemühungen in den Bereichen Wirtschaft und Sicherheit

22-29129 (G)



sowie mit Verbesserungen bei der Achtung der Menschenrechte einhergehen sollten. In diesem Sinne bekräftigten sie, wie wichtig es ist, einen Mechanismus unter libyscher Führung einzurichten, in dessen Rahmen Interessenträger aus dem ganzen Land gemeinsam Ausgabeprioritäten festlegen und sicherstellen, dass die Öl- und Gaseinnahmen auf transparente, gerechte und rechenschaftspflichtige Weise zugunsten des libyschen Volkes und unter wirksamer libyscher Aufsicht verwaltet werden.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats forderten alle Parteien auf, die Waffenruhevereinbarung vom 23. Oktober 2020 einzuhalten, und forderten alle Parteien erneut zur Beschleunigung der vollständigen Durchführung ihrer Bestimmungen auf, einschließlich des von der Gemeinsamen 5+5-Militärkommission am 8. Oktober 2021 in Genf vereinbarten Aktionsplans, der synchronisiert, abgestuft, schrittweise und ausgewogen umgesetzt werden soll. In dieser Hinsicht forderten die Mitglieder des Sicherheitsrats die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die volle Umsetzung der Vereinbarung zu achten und zu unterstützen, einschließlich durch den unverzüglichen Abzug aller ausländischen Truppen, ausländischen Kämpfer und Söldner aus dem Land. Sie erinnerten an die Notwendigkeit, die Sicherheitssektorreform zu planen und Fortschritte bei der Demobilisierung, Entwaffnung und Wiedereingliederung bewaffneter Gruppen zu erzielen, wie von der Gemeinsamen 5+5-Militärkommission am 8. Dezember vereinbart. Sie unterstrichen, dass eine inklusive, einheitliche und rechenschaftspflichtige Sicherheitsarchitektur unter ziviler Führung für ganz Libyen geschaffen werden muss, und forderten die libyschen Behörden, einschließlich der Gemeinsamen 5+5-Militärkommission, erneut auf, ihre diesbezüglichen Anstrengungen zu verstärken.

Die Mitglieder des Sicherheitsrates forderten die internationale Gemeinschaft auf, die UNSMIL und den Sonderbeauftragten Bathily bei ihren Konsultationen mit den unterschiedlichen libyschen Interessenträgern und internationalen Partnern uneingeschränkt zu unterstützen, und ermutigten den Sonderbeauftragten Bathily in dieser Hinsicht, die Beiträge der Nachbarländer und der regionalen Organisationen zu nutzen, um eine dauerhafte und friedliche Lösung der libyschen Krise zu finden.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats erinnerten daran, dass die in [Resolution 1970 \(2011\)](#) festgelegten und mit späteren Resolutionen geänderten Maßnahmen auch auf Personen und Einrichtungen Anwendung finden, die nach Feststellung des Sanktionsausschusses der Vereinten Nationen für Libyen Handlungen begangen oder unterstützt haben, die den Frieden, die Stabilität oder die Sicherheit Libyens bedrohen oder den erfolgreichen Abschluss seines politischen Übergangsprozesses behindern oder untergraben, unter anderem durch die Behinderung oder Untergrabung von Wahlen. Sie forderten ferner, dass alle Mitgliedstaaten das mit [Resolution 1970 \(2011\)](#) verhängte und mit späteren Resolutionen geänderte Rüstungsembargo vollständig einhalten.